

GRUPPE
SPD-GRÜNE-LINKE-SCHEIBE
IM RAT DER STADT LAATZEN

Antrag
- öffentlich -

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss
Rat der Stadt Laatzen

Drucksachen-Nr.: 2018/033/1

am 15.03.2018 TOP:
am 15.03.2018 TOP:

Gewährung einer Bedarfszuweisung
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
wir stellen folgenden

Antrag:

In der Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen als Grundlage für die Bedarfszuweisung wird in Teil C am Ende folgender Satz ergänzt:

„Ausgenommen von dieser Regelung sind die Mittel für die schulbezogene Jugendsozialarbeit.“

Begründung:

Der Satz dient als Absicherung für die Stadt Laatzen für den Fall, dass das Land doch nicht wie angekündigt ab 2019 die Kosten für die Landesaufgaben, die bisher die Stadt selbst trägt, übernimmt. So wird verhindert, dass die Stadt dann entweder Angebote in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit kürzen oder Ersatzstreichungen in Höhe von 435.000 € vornehmen muss.

Petra Herrmann